



Nr. 350 | 08.07.2025

Polen-Analysen

Die polnische EU-Ratspräsidentschaft 2025 – eine Bilanz

■ ANALYSE

- Die polnische EU-Ratspräsidentschaft zwischen multilateralen Krisen und polnischen Präsidentschaftswahlen 2
- Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz

■ DOKUMENTATION

- Rückblick der EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen auf die polnische EU-Ratspräsidentschaft 2025 8
- Online-Portal der polnischen EU-Ratspräsidentschaft: Die Erfolge der polnischen Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union 9
- Online-Portal der polnischen EU-Ratspräsidentschaft: Erfolge im Bereich der äußeren Sicherheit 11

■ CHRONIK

17. Juni – 7. Juli 2025 13

*Die nächste Ausgabe der Polen-Analysen erscheint nach der Sommerpause am 2. September 2025.
Die Redaktion wünscht ihren Leserinnen und Lesern eine erholsame Sommerzeit!*

Die polnische EU-Ratspräsidentschaft zwischen multilateralen Krisen und polnischen Präsidentschaftswahlen

Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz

DOI: 10.31205/PA.350.01

Zusammenfassung

Die polnische EU-Ratspräsidentschaft unter dem Motto »Sicherheit, Europa« ist insgesamt erfolgreich verlaufen. Trotz erheblicher außenpolitischer Turbulenzen wie dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und innenpolitischer Herausforderungen mit den Präsidentschaftswahlen in Polen ist es Warschau gelungen, wichtige Akzente im Bereich der europäischen Verteidigung zu setzen und die Verteidigungsfähigkeit der Europäischen Union gemeinsam mit der EU-Kommission zu gestalten. Das Thema Sicherheit umfasst jedoch auch innere Sicherheit und hier sorgt das Thema Migration weiterhin für Misstöne innerhalb der EU, was die deutschen Grenzkontrollen und seit dem 7. Juli die polnischen Grenzkontrollen zwischen Deutschland und Polen unterstreichen. Es wird die Aufgabe der nächsten EU-Ratspräsidentschaft, also Dänemarks, sein, die Migrationsfrage in der EU weiterhin bis zum Inkrafttreten des europäischen Migrations- und Asylpakets im Juni 2026 zu moderieren.

Herausforderungen für die EU, Herausforderungen für Polen

Als Polen am 1. Januar 2025 zum zweiten Mal seit dem polnischen EU-Beitritt im Jahr 2004 die EU-Ratspräsidentschaft übernahm, waren die Herausforderungen ungleich größer als während der ersten polnischen Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2011. Zwar galt es damals noch, die Folgen der EU-Finanzkrise der Jahre 2010 bis 2012 zu bewältigen, und auch das Thema Sicherheit stand im Jahr 2011 bereits auf der Tagesordnung der Ratspräsidentschaft, seinerzeit ebenfalls mit Blick gen Osten im Rahmen der Östlichen Partnerschaft, aber noch ohne Krieg im Nachbarland Ukraine. Ebenso wie das Thema Sicherheit zeigen zwei weitere, verblüffende Parallelen, dass sowohl außen- als auch innenpolitisch die EU wie auch Polen zum Teil auf der Stelle tritt. Damals wie heute hieß der polnische Regierungschef Donald Tusk von der Partei Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) und sein Außenminister war damals wie heute Radosław Sikorski (PO). Zwischen den Amtszeiten liegen allerdings acht Jahre Regierungszeit der nationalkonservativen Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) von 2015 bis 2023, und Polen war in dieser Zeit ein schwieriger Partner sowohl für Deutschland (Stichwort polnische Reparationsforderungen) als auch für die EU (Stichwort Rechtsstaatlichkeit). Ebenfalls wie im zweiten Halbjahr 2011 standen auch im ersten Halbjahr 2025 in Polen Wahlen an. Allerdings konnte die damals regierende Koalition von PO und Polnischer Volkspartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) die Parlamentswahlen im Oktober 2011 gewinnen und die Koalition fortsetzen, während die aktuelle, gleichfalls von Donald Tusk ange-

führte Regierung die Präsidentschaftswahlen im zweiten Wahlgang am 1. Juni 2025 mit ihrem Kandidaten, dem Stadtpräsidenten von Warschau Rafał Trzaskowski, gegen den von der PiS unterstützten Kandidaten, den Historiker Karol Nawrocki, verlor.

Alle Vergleiche hinken bekanntlich und hier hören die Parallelen nun auch auf. Sowohl die EU wie auch Polen sind heute in einer deutlich weniger komfortablen Situation als im zweiten Halbjahr 2011.

Die EU sucht seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine im Februar 2022 nach einem Weg aus den multiplen Krisen. Unterstützung für die Ukraine angesichts eines wankelmütigen US-Präsidenten Donald Trump seit Januar 2025, institutionelle Reformen, um die EU fit für weitere Erweiterungen (Ukraine, Moldau, die restlichen Balkanstaaten) zu machen, sperrige Mitgliedsstaaten hinsichtlich beider Herausforderungen wie Ungarn unter Viktor Orbán seit 2010 und die Slowakei unter dem alten und neuen Ministerpräsidenten und Linkspopulisten Robert Fico seit 2023 – die Liste der Herausforderungen für die EU ist lang. Zwar ist in Deutschland die Regierungsbildung mit der Wahl von Bundeskanzler Friedrich Merz am 6. Mai nach den vorgezogenen Bundestagswahlen vom 23. Februar 2025 geglückt und damit ein wichtiger europäischer Akteur wieder handlungsfähig, aber niemand kann sagen, ob nicht 2027 in Frankreich Marine Le Pen vom Rassemblement National (RN) trotz ihres Ende März 2025 von einem französischen Gericht verkündeten Urteils von vier Jahren Haft wegen Zweckentfremdung europäischer Mittel, davon zwei Jahre auf Bewährung, nicht doch bei den Präsidentschaftswahlen 2027 antreten kann. Zwar hat das Gericht ein Ver-

bot von fünf Jahren für jegliche Kandidaturen für ein öffentliches Amt ausgesprochen, aber Le Pen hat Berufung eingelegt, über die bis Sommer 2026 entschieden werden soll. Ein Sieg Le Pens und des RN bei den französischen Präsidentschaftswahlen käme einem Erdbeben für die EU gleich. Wichtige Aufgaben sollten daher vorher angegangen werden.

Aber nicht nur innenpolitische Entwicklungen in einzelnen Mitgliedsstaaten wie der Slowakei oder Ungarn setzen die EU unter Druck und gefährden einen einheitlichen politischen Kurs in der Ukraine-Politik oder in Migrationsfragen. Ganz generell ist die EU-Politik gegenüber Osteuropa und insbesondere dem post-sowjetischen Raum Stand heute gescheitert. Die Östliche Partnerschaft, im Jahr 2008 von Schweden und Polen vorgeschlagen und während der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft im Mai 2009 offiziell gestartet, sollte eine Ergänzung zur europäischen Nachbarschaftspolitik sein und für die östlichen Nachbarn der EU eine engere politische und ökonomische Kooperation mit der EU in Form von Assoziierungsabkommen entwickeln, letztlich mit dem Ziel, diesen Raum über eine Annäherung an die EU zu stabilisieren und mehr Sicherheit zu generieren. Mit Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Moldau und der Ukraine wurden Partnerschaftsabkommen geschlossen, mit Georgien, Moldau und der Ukraine gibt es darüber hinaus Assoziierungsabkommen, was im Fall der Ukraine Auslöser der sogenannten Revolution der Würde (auch Euromaidan) in Kyjiw im November 2013 und der Flucht des damaligen Präsidenten Wiktor Janukowytsch im Februar 2014 war. Insgesamt ist die Situation an der östlichen Grenze der EU durch den Krieg in der Ukraine, das neoimperiale Verhalten Russlands und die klare Positionierung von Belarus einschließlich einer künstlich erzeugten Migrationssituation an der polnisch-belarusischen Grenze sehr viel prekärer als zum Zeitpunkt des Starts der Östlichen Partnerschaft. Die Ziele dieser Politik sind nicht erreicht worden, wenn auch die Ukraine vor allem aus politischen Gründen mittlerweile (seit Juni 2022) Beitrittskandidat der EU ist. Eine andere konzise Strategie hat die EU aber bisher kaum entwickelt, vor allem, da Brüssel noch seine Position gegenüber der neuen und sehr erratischen US-amerikanischen Administration suchen muss und in Sicherheitsfragen eine starke Rolle der EU lange fraglich war. In diesem Punkt ruhten die Hoffnungen vor allem auf der polnischen EU-Ratspräsidentschaft, da Warschau seit 2022 zu den stärksten Unterstützern der Ukraine gehört. Gemessen in Prozent des Bruttoinlandsproduktes steht Polen gemeinsam mit den baltischen Staaten, Schweden, Finnland, Dänemark und den Niederlanden bei der Ukraine-Hilfe vor Deutschland, bei den absoluten Zahlen ist Deutschland hingegen aufgrund seiner größeren Wirtschaftskraft nach

den USA, der EU und Großbritannien an vierter Stelle (Daten nach dem »Ukraine Support Tracker« des Kiel Instituts für Weltwirtschaft – IfW).

Aber nicht nur in der EU ist die politische Lage höchst komplex, sondern auch im östlichen Nachbarland Deutschlands hat sich die politische Situation verkompliziert. Die wohl von vielen liberalen europäischen Politikern gehegte Hoffnung, dass sich ein liberaler Kandidat bei den Präsidentschaftswahlen am 1. Juni durchsetzen würde, hat sich nicht erfüllt, und auch wenn Karol Nawrocki bisher ein politisch weitgehend unbeschriebenes Blatt ist, dürfte die innenpolitische Situation durch die Fortsetzung der Kohabitation doch weiterhin schwierig bleiben. Eine Rücknahme der Justizreformen der PiS, um den Forderungen der EU nachzukommen, oder neue Initiativen im Rahmen des deutsch-französisch-polnischen Weimarer Dreiecks dürften schwieriger werden. Die PiS postuliert zwar im Gegensatz zur Rechtsaußenpartei Konföderation (Konfederacja) keineswegs einen Poxxit, aber sie wird von der Konföderation innenpolitisch unter Druck gesetzt, so dass wir auch in Polen seit einigen Jahren eine Diskursverschiebung nach rechts beobachten können. Insbesondere Migrationsfragen sind geeignet, rechtes Protestpotential zu mobilisieren und eine Umsetzung des Migrations- und Asylpaketes der EU zu konterkarieren, das am 14. Mai 2024 beschlossen wurde und im Juni 2026 in Kraft treten soll. Die EU vereinbarte hier unter anderem einheitliche Verfahren und eine gerechte Lastenverteilung zwischen den Mitgliedsstaaten. Ende Juni, Anfang Juli 2025 machten aber an der polnischen Grenze bereits Bürgerwehren von sich reden. Die »Bewegung zur Verteidigung der Grenzen« (Ruch Obrony Granic), organisiert vom bekannten Rechtsaußen Robert Bąkiewicz, zwischen 2017 und 2023 Vorsitzender des Vereins für den Unabhängigkeitsmarsch, kontrolliert in Eigenregie an der Grenze und erhielt zumindest vom zukünftigen Präsidenten Nawrocki Rückhalt, während Innenminister Tomasz Siemionak (PO) auf das Gewaltmonopol des Staates pocht. Ab dem 7. Juli führt die polnische Regierung ihrerseits Grenzkontrollen ein, auch eine Reaktion auf deutsche Grenzkontrollen, die sporadisch seit 2023 durchgeführt werden und deren Dauer im März 2025 zunächst bis zum 15. September 2025 verlängert wurde.

Der Ausgang der Präsidentschaftswahlen setzt aber auch die gegenwärtige Regierungskoalition, bestehend aus PO sowie den Parteien Die Moderne (Nowoczesna), Initiative Polen (Inicjatywa Polska), Polen 2050 (Polska 2050), der PSL und der Neuen Linken (Nowa Lewica), unter Druck. Insbesondere das schlechte Abschneiden des Parteichefs von Polen 2050, Szymon Hołownia, bei den Präsidentschaftswahlen mit fünf Prozent (5. Platz) macht mehr als deutlich, dass die aktuelle Regierung gegenwärtig nicht populär in Polen ist, und ihr Fortbe-

stand bis zu den nächsten regulären Parlamentswahlen im Herbst 2027 ist ungewiss.

Ein Erfolg der polnischen EU-Ratspräsidentschaft sollte für die Regierung mit Blick auf die Wahlen also einen Schub bringen, was offensichtlich nicht gelungen ist. Was waren aber die Kernaussagen der polnischen EU-Ratspräsidentschaft?

Polnische EU-Ratspräsidentschaft: Ziele und Ambitionen

Das Programm der polnischen Präsidentschaft stand unter dem Motto »Sicherheit, Europa« und wir können am Anfang des entsprechenden Dokumentes eine nahezu dramatische Lageeinschätzung lesen:

»Polen übernimmt die Führung im Rat der Europäischen Union in einer Zeit der Unsicherheit und Unruhe. Europa ist mit den Folgen der bereits drei Jahre andauernden Aggression Russlands gegen die Ukraine konfrontiert und mit der Notwendigkeit, das eigene Verteidigungspotential zu stärken. Wir beobachten steigende geopolitische Spannungen, eine Erosion der internationalen, regelbasierten Ordnung und hybride Attacken auf die europäische Demokratie und Sicherheit. Die Europäer sind von den Folgen des Migrationsdrucks, der Energietransformation, einer schwindenden Konkurrenzfähigkeit der europäischen Wirtschaft und vom Klimawandel betroffen.«

Ziel der polnischen EU-Ratspräsidentschaft war daher die Stärkung der europäischen Sicherheit in ihren verschiedenen Dimensionen, das heißt innere wie äußere Sicherheit, Informationssicherheit, Stärkung von Wirtschaft und Energieversorgung, Gesundheit und Nahrungsversorgung.

Wichtig war für Warschau auch die weitere Vorbereitung der EU-Erweiterung, letztlich um den neoimperialen Ambitionen Russlands zu begegnen und Stabilität und Sicherheit weiter nach Osten auszudehnen. Dafür ist nach Ansicht der polnischen Regierung eine nachhaltige Unterstützung der Ukraine, mehr Druck auf Russland, um den Krieg baldmöglichst zu beenden, und ein Verzicht auf russische Energieimporte notwendig. Schließlich sollten auch die transatlantischen Beziehungen der EU zu den Vereinigten Staaten weiter gestärkt werden.

Für die Umsetzung wurden insgesamt zehn Kommissionen gebildet, die die verschiedenen Aspekte wie allgemeine Angelegenheiten, Auswärtiges, Rechtsstaatlichkeit und Inneres etc. behandeln sollten. Das für die Ratspräsidentschaft zentrale Motiv Sicherheit wurde in sieben Pfeiler aufgeteilt: Verteidigungsfähigkeit, Schutz von Bevölkerung und Grenzen, Widerstandsfähigkeit gegen äußere Einmischung und Desinformation, Gewährleistung von Sicherheit und Freiheit für die Wirtschaft, energetische Transformation, konkurrenz-

fähige und widerstandsfähige Landwirtschaft, gesundheitliche Sicherheit.

Natürlich sind die Möglichkeiten einer Ratspräsidentschaft beschränkt, da der Ratsvorsitz eher eine moderierende Funktion hat. Allerdings kann der Ratsvorsitz eigene Akzente setzen, muss vor allen Dingen aber auch laufende Prozesse steuern und fortsetzen. Für die Zeit der polnischen Ratspräsidentschaft war es wichtig, die Arbeiten am »Weißbuch zur Zukunft der europäischen Verteidigung – Bereitschaft 2030« zu begleiten und abzuschließen und gegebenenfalls die Planungen für den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen der EU 2028–2034 anzustoßen.

Implementierung und Bewertungen

In den sechs Monaten der polnischen EU-Ratspräsidentschaft fanden hunderte offizielle Treffen in 24 Städten statt, wie der polnischen Website der Ratspräsidentschaft (polish-presidency.consilium.europa.eu/pl) zu entnehmen ist. Hinzukommen, neben zahlreichen Treffen der EU-Fachminister und bilateralen Treffen der EU mit einzelnen Ländern oder Regionen (z. B. Südafrika, Zentralasien etc.), vor allem die außerordentliche Tagung des Europäischen Rates am 6. März, auf der über die Ukraine und die europäische Verteidigung beraten wurde, und die regulären Sitzungen des Europäischen Rates am 20. März und am 26. Juni 2025. Insgesamt haben neben den drei Treffen des Europäischen Rates noch 22 informelle Treffen auf Ministerebene in Polen stattgefunden, des Weiteren 43 Treffen des Rates der Europäischen Union (Zusammenkünfte der Fachminister), 320 Begegnungen von Beamten in Polen, knapp 1.800 Arbeitsgruppentreffen, 520 Kulturveranstaltungen in 30 Ländern mit 1.100 Kulturschaffenden und es sind 468 Patronate der Präsidentschaft zuerkannt worden.

Bei dem außerordentlichen Treffen des Europäischen Rates am 6. März wurde das Thema Sicherheit und Unterstützung der Ukraine aufgegriffen. Der Austausch mit dem ukrainischen Präsidenten, Wolodymyr Selenskyj, stand dabei am Beginn des Treffens. Im Einzelnen wurde vereinbart, der Ukraine im Jahr 2025 30,6 Mrd. Euro zukommen zu lassen, wobei 12,5 Mrd. aus der sogenannten Ukraine-Fazilität und 18,1 Mrd. aus einem G7-Darlehen kommen sollen. In der Ukraine-Fazilität bündelt die EU ihre unterschiedlichen Instrumente und möchte im Zeitraum 2024–2027 die Ukraine in den Bereichen makrofinanzielle Stabilität (Wiederaufbau und Modernisierung), Reformen, öffentliche Dienstleistungen, Zivilgesellschaft und Mobilisierung von Investitionen im Privatsektor unterstützen. Ferner stellte die EU Grundsätze für einen umfassenden und gerechten Frieden vor, und zwar: keine Verhandlungen über die Ukraine ohne die Ukraine, Beteiligung der

Europäer in Fragen der europäischen Sicherheit, ein Waffenstillstand nur als Beginn eines Prozesses zu einem Friedensabkommen, robuste und glaubwürdige Sicherheitsgarantien für die Ukraine und ein Frieden, der die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Unversehrtheit der Ukraine bewahrt. Des Weiteren begrüßte der Rat die Anstrengungen von Mitgliedsländern, die Ukraine in den Bereichen Luftabwehr, Ausbildung und Verteidigungsindustrie zu stärken. Schließlich unterstützte der Rat die Empfehlungen der Europäischen Kommission, die Kriterien des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes für höhere Verteidigungsausgaben abzuschwächen.

Das reguläre Treffen des Europäischen Rates vom 20. März griff neben zahlreichen weiteren Themen wie dem Mehrjährigen Finanzrahmen, Naher Osten oder Migration erneut die Unterstützung der Ukraine und die europäische Verteidigung auf. Dabei wurden die Beschlüsse vom 6. März bestätigt und auch auf das am 19. März von der Europäischen Kommission vorgestellte »Weißbuch zur europäischen Verteidigung« und den Plan »ReArm Europe – Readiness 2030« verwiesen.

Dieses Weißbuch stellt einen wichtigen Schritt für die EU auf dem Weg dar, ihre Verteidigungsfähigkeiten auszubauen und die europäische Verteidigungsindustrie bis 2030 zu stärken. Das Ziel ist dabei keineswegs die Schaffung einer europäischen Armee, sondern die Koordination der Anstrengungen der Mitgliedsstaaten beispielsweise durch gemeinsame Beschaffungsplattformen oder Stärkung der Munitionsproduktion, gestützt durch Mittel aus dem 2017 geschaffenen Europäischen Verteidigungsfonds der EU. Insgesamt ist der Verteidigungsfonds für den Zeitraum 2021–2027 mit 7,953 Milliarden Euro ausgestattet. Der Plan »ReArm Europe – Readiness 2030« schlägt hingegen 800 Mrd. Euro für die Verteidigung durch nationale fiskalische Flexibilität vor.

Auch der nächste Gipfel des Europäischen Rates am 26. Juni 2025, also zum Ende der polnischen EU-Ratspräsidentschaft, knüpfte an die Beschlüsse vom 6. März 2025 an und stützte unter anderem die am 27. Mai angenommene Verordnung über »Sicherheitsmaßnahmen für Europa« (SAFE), das Mitgliedsstaaten in ihrer industriellen Produktion im Verteidigungsbereich durch gemeinsame Beschaffungen mit dem Schwerpunkt auf vorrangigen Fähigkeiten unterstützen soll. Die EU wird dafür 150 Mrd. Euro bereitstellen, die Mitgliedsstaaten auf Anfrage und bei Vorliegen nationaler Pläne ausbezahlt werden, und zwar als Darlehen mit langer Laufzeit. Eine weitere Voraussetzung ist die Beteiligung von mindestens zwei Mitgliedsstaaten, das heißt eine gemeinsame Beschaffung, um Skaleneffekte zu ermöglichen.

Es ist offensichtlich, dass sich das von Polen verkündete Leitthema für seine EU-Ratspräsidentschaft,

»Sicherheit, Europa«, in wichtigen Beschlüssen des Europäischen Rates widerspiegelt. Wie ist aber die polnische EU-Ratspräsidentschaft insgesamt zu bewerten und welches ist der polnische Beitrag zu diesen Beschlüssen im Bereich einer europäischen Verteidigungspolitik?

Zum Abschluss der polnischen EU-Ratspräsidentschaft kam die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen am 27. Juni 2025 zu einem sehr positiven Fazit. Sie verwies darauf, dass Polen 37 legislative Verfahren in der EU abgeschlossen hat und ein Mandat für 18 weitere erringen konnte. Zudem seien das 16. und 17. Sanktionspaket und neue Zölle gegen Russland und Belarus verhängt worden. Unterstützung habe Polen auch bei der SAFE-Verordnung bereits gestellt sowie Fortschritte im Bereich der europäischen Rüstungsindustrie mit ermöglicht.

Erwartungsgemäß kommt auch der polnische Regierungschef Donald Tusk auf derselben Pressekonferenz zu einem positiven Fazit. Er hält sich selbst zugute, dass er mit dazu beigetragen habe, das europäische Paradigma, den naiven Glauben, von einem Europa ohne Krieg, zu beenden und Europa von der Notwendigkeit von Verteidigungsanstrengungen zu überzeugen. Er erwähnt die SAFE-Verordnung und die damit verknüpften 150 Mrd. Euro sowie den Schutzschild Ost, eine Initiative der polnischen Regierung vom Frühjahr 2024, um von 2024 bis 2028 die polnische Ostgrenze, insbesondere zum Kaliningrader Gebiet und zu Belarus mit Panzersperren, Bunkern und Schutzzräumen für Zivilisten auf eine Länge von etwa 800 km zu bewehren. Für diesen Schutzschild wird nun eine Milliarde Euro von der Europäischen Investitionsbank zur Verfügung gestellt bei geschätzten Gesamtkosten von elf Milliarden Zloty (etwa 2,5 Mrd. Euro). Es ist ein großer Erfolg der polnischen Regierung, dass der Schutzschild Ost nun auch als europäisches Projekt behandelt wird. Weitere Mittel sollen aus dem Europäischen Aufbauplan finanziert werden. Das Europäische Parlament hatte in einer Resolution zum »Weißbuch zur europäischen Verteidigung – Bereitschaft 2030« das polnische Projekt Schutzschild Ost und die Baltische Verteidigungslinie, eine Initiative der drei baltischen Staaten vom Januar 2024, als Flaggschiffprojekte der EU zur Stärkung der Abschreckung und als Antwort auf eine potentielle Bedrohung aus dem Osten bezeichnet.

Zudem hat Polen nach eigenen Angaben fünf sogenannte »Simplification Omnibus packages« eingeführt. Mit diesem, im Februar 2025 beschlossenen Verfahren möchte die EU-Kommission in der Umsetzung des »Green Deal« die Nachhaltigkeitsberichterstattung und den Verwaltungsaufwand für Unternehmen reduzieren. Die von Polen eingeführten Vereinfachungsverfahren betreffen Verteidigung, Landwirtschaft und kleine und mittlere Unternehmen.

Schließlich hat Polen auch die RePowerEU Roadmap unterstützt, die beinhaltet, dass die EU bis 2027 russische Gas- und Öllieferungen aufkündigt und keine weiteren Verträge schließt. Der Vorschlag wurde Ende Juni von der Europäischen Kommission an das Europäische Parlament und an den Europäischen Rat gesandt, wobei hier eine Einigung noch aussteht. Sowohl die Slowakei als auch Ungarn sperren sich gegenwärtig noch gegen diesen Vorschlag.

Eines der Ziele Polens für seine Präsidentschaft war auch die digitale Sicherheit, so dass es wohl gleichfalls zu den polnischen Erfolgen gezählt werden kann, dass die Telekomminister der EU-Länder am 6. Juni 2025 die EU *blueprint* angenommen haben, womit ein nicht verpflichtendes Krisenmanagement für die Cybersicherheit verbessert werden soll. Es werden Phasen einer Cyberkrise vorgeschlagen, und zwar Erkennung, Analyse, Eskalation, Reaktion und Wiederherstellung. Die letzte Empfehlung der EU stammte noch aus dem Jahr 2017. Während der Ratspräsidentschaft stand Polen diesbezüglich im regen Austausch mit Moldau, das bereits mehrfach Ziel von Cyberangriffen gewesen ist. Polen trug auch wesentlich dazu bei, dass Moldau weitere 1,9 Mrd. Euro für notwendige Reformen und Wachstumsimpulse erhält.

Aber auch jenseits des wichtigen Verteidigungstemas war die polnische EU-Ratspräsidentschaft aktiv. So ist es gelungen, nach 20-jähriger Blockade endlich das Pharmapaket der EU zu verabschieden. Es soll allen Bürgern und Bürgerinnen der EU sichere, erschwingliche und wirksame Arzneimittel zugänglich machen. Ferner soll die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Pharmaindustrie durch eine Reduzierung des Regulierungsaufwandes gesteigert, die Versorgungssicherheit überwacht und die Umweltauswirkungen von Arzneimitteln verringert werden. Die COVID-19-Pandemie hat aufgezeigt, wie wichtig Versorgungssicherheit, aber auch der Zugang zu günstigen Medikamenten sind, so dass dieses Pharmapaket sowohl den Patienten wie auch der europäischen Pharmaindustrie zugutekommen dürfte.

In der Debatte über die Zukunft der Kohäsionspolitik der EU, ebenfalls Thema während der letzten Ratspräsidentschaft, setzte Polen auf eine Verbindung von Kohäsion und Sicherheit. Eine erfolgreiche Kohäsionspolitik, welche die regionalen Disparitäten in der EU weiter reduziere, sei ein Beitrag zur inneren Sicherheit und verringere EU-Skepsis, so Staatssekretär Jan Szyszko vom Ministerium für Entwicklungsfonds und Regionalpolitik Polens. Bei der Kohäsionspolitik geht es in den EU-Strukturfonds um enorme Summen, etwa 392 Mrd. Euro im Zeitraum 2021–2027, die nach einer möglichen nächsten Erweiterungsrunde anders verteilt würden, was Polen als bisher größten Nutznießer wohl am stärksten betreffen würde. Die EU-Kommission

hatte die Mitgliedsstaaten am 1. April 2025 aufgefordert, die strategischen Prioritäten der EU in ihre Kohäsionsprogramme zu integrieren, also u. a. auch Verteidigung, Sicherheit und Unterstützung der östlichen Grenzregionen, aber auch erschwinglichen Wohnraum, krisenfesten Wasserversorgung und die Energietransformation. Ganz offensichtlich ist es das Bestreben der EU-Kommission, die vorhandenen Mittel besser mit den strategischen Planungen der EU zu koordinieren, während Polen besonderen Wert darauf legt, auch Fragen der Verteidigungsfähigkeit und der Sicherheit in die Kohäsionsprogramme einzubeziehen. Bis Ende 2025 sollen nach Wunsch der EU-Kommission diese Ansätze realisiert sein, also etwa zur Halbzeit der Kohäsionspolitik 2021–2027. Der Start des Implementierungszeitraumes war traditionell später, so dass immer noch erhebliche Mittel abfließen werden. Die Festlegungen für die neue Förderphase 2028–2034 dürften aber wohl erst Ende 2027 getroffen werden.

Allerdings ist während der polnischen EU-Ratspräsidentschaft nicht alles gelungen. So scheiterte der Start von Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine bekanntlich bisher am ungarischen Veto und auch für den Ausstieg aus russischen Energielieferungen zeichnet sich noch keine Einigung ab. Zweifellos hat die polnische Regierung auf dem Feld der Verteidigungs- und Energiepolitik wichtige Impulse geliefert, zumal Polen als ein wichtiger Unterstützer der Ukraine und direkter Anrainerstaat hier mit großer Glaubwürdigkeit auftreten kann.

Naturgemäß geht die Opposition mit der polnischen EU-Ratspräsidentschaft schärfer ins Gericht. Der langjährige Ministerpräsident Mateusz Morawiecki (PiS) hält auf Instagram fest, dass es überhaupt keine Erfolge gegeben und die polnische Regierung keineswegs polnische Interessen verfolgt habe.

Filip Godlewski kommt auf der Internetseite der Polnischen Gesellschaft für Politische Wissenschaften (Polskie Towarzystwo Nauk Politycznych – PTNP) zu einem gemischten Fazit. Zunächst hält er fest, dass es doch angesichts der Erfolge merkwürdig sei, dass die polnische Bevölkerung kaum über die Ratspräsidentschaft informiert sei. Es habe kaum konkrete Vereinbarungen gegeben, die das Leben der Polen oder der Europäer verbessert hätten. Slogans hätten dominiert. Zudem fragt er, ob beispielsweise die SAFE-Verordnung tatsächlich ein polnischer Erfolg sei. Auch sei die Migrationsfrage nach wie vor virulent, wie zum Beispiel an der deutsch-polnischen Grenze, und schließlich habe es keinen EU-Gipfel in Polen gegeben. Insgesamt, so Godlewski zum Schluss, blieben wichtige Probleme ungelöst. Der EU-Migrationspakt trete erst 2026 in Kraft, die negativen Auswirkungen des Green Deal beständen fort und die Sorgen vor der Einfüh-

zung des Abkommens EU-Mercosur existierten weiter. Gemeint ist damit das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay), welches zwar am 6. Dezember 2024 unterzeichnet wurde, aber noch auf die Ratifizierung in den EU-Mitgliedsstaaten und im Europäischen Parlament wartet. Godlewskis Bilanz ist damit überwiegend negativ, zumal sich Polen auch nicht der weiterhin verfolgten Föderalisierung der EU, das heißt dem Umbau zu einem Bundesstaat widersetzt habe.

Ganz fair scheint diese Kritik nicht zu sein. Zu den wichtigsten Aufgaben der EU gehören gegenwärtig Verteidigungsfragen und da ist die EU in den letzten sechs Monaten, sicherlich auch durch polnische Initiativen ein gutes Stück vorangekommen. Es ist müßig und wohl auch schwer zu eruieren, was hier der polnische Beitrag ist. Allein der Umstand, dass Polen bereits 2024 die Initiative des Schutzschildes Ost begonnen hat und im Jahr 2025 4,7 Prozent seines Bruttoinlandsproduktes für Verteidigung ausgeben wird – also noch vor der Umsetzung der Beschlüsse des NATO-Gipfels Ende Juni 2025 in Den Haag – zeigt zumindest, dass die Präsidentschaft kaum auf ein besseres Land hätte rotieren können. Zudem bleibt unklar, was der Autor mit der Föderalisierung der EU meint. Ein aktueller Plan, die EU zu den Vereinigten Staaten von Europa umzubauen, existiert jedenfalls nicht.

Allerdings gehört zu den Sicherheitsfragen auch das Thema Migration und hier ist die Situation an den polnischen Grenzen, wie auch in anderen Mitgliedsländern, mehr als beunruhigend. Zwar haben Europäischer Rat und Europäisches Parlament am 19. März 2025 einen Kompromiss erzielt und sich auf das Entry/Exit System (EES) geeinigt, ein elektronisches System, das die Ein- und Ausreisen von Drittstaatsangehörigen an den Außengrenzen des Schengen-Raums automatisiert erfassen und damit die bisherige manuelle Stempelung von Pässen abschaffen wird. Das allein wird die Situation an den Grenzen und vor allem die Friktionen zwischen den Mitgliedsstaaten wie jüngst zwischen Deutschland und Polen jedoch nicht beenden. Wie das polnische Innenministerium Anfang Juli 2025 mitteilte, sind in diesem Jahr bereits 4.600 Menschen aus Deutschland illegal nach Polen gereist, darunter 800 Menschen mit einer Migrationsgeschichte über Belarus. Etwa 40 Prozent dieser Menschen seien Ukrainer. Daher werde die polnische Regierung, auch als Reaktion auf die deutschen Grenzkontrollen, ab dem 7. Juli 2025 ihrerseits Grenzkontrollen an der deutsch-polnischen und polnisch-litauischen Grenze einführen, vorerst begrenzt bis zum 5. August. Es bleibt zu hoffen, dass sich beide Regierungen spätestens bis zu diesem Zeitpunkt auf ein gemeinsames Vorgehen verständigt haben.

Polnischer EU-Diskurs unter dem Einfluss der Migrationskrise

Auch wenn die Kritik der PiS oder auch die von Godlewski über das Ziel hinausschießt, ist die Frage doch berechtigt, was von der polnischen EU-Präsidentschaft in Polen wahrgenommen worden ist. Anfang Dezember 2024 hatten nach einer Umfrage von CBOS 51 Prozent noch nichts von einer polnischen EU-Ratspräsidentschaft gehört, 49 Prozent hatten davon immerhin aus dem Fernsehen erfahren. Der Umstand, dass es bisher keine weiteren Umfragen dazu gibt, ist für ein Land, in dem Umfragen für die Politstrategen so wichtig sind, auch eine klare Aussage. Zwar haben auch der polnische Sejm und der Senat etliche Treffen mit Parlamentariern des Europäischen Parlaments und mit Mitgliedern anderer Parlamente der Mitgliedsstaaten durchgeführt, so im März eine Interparlamentarische Konferenz über die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Warschau, aber diese Treffen werden von der Bevölkerung kaum wahrgenommen. Damit ist die Kritik, dass kein Treffen während der polnischen EU-Ratspräsidentschaft in Polen stattgefunden hat, meines Erachtens stichhaltig. So bedenklich bisweilen der Aufwand und die Kosten für derartige Mammutveranstaltungen auch sein mögen, so hätte ein solcher Gipfel doch die Sichtbarkeit der EU und der polnischen EU-Ratspräsidentschaft deutlich erhöht und auch die Presse- und Medienberichterstattung wäre wohl sehr viel umfangreicher gewesen.

Trotz der Aktualität der Migrationsfrage sprach sich aber die Mehrheit der Polen im April 2025 nicht nur für den Verbleib in der EU, sondern mit 34 Prozent sogar für eine stärkere Integration aus, wie aus einer vom Meinungsforschungsinstitut Opinia24 für den populären Sender Radio ZET durchgeführten Umfrage hervorgeht. Nur neun Prozent vertraten die Ansicht, dass Polen aus der EU austreten sollte. Natürlich sind deutliche Unterschiede zwischen den Altersgruppen, den Wählerschaften der diversen Parteien und mit Blick auf den Bildungshintergrund festzustellen. Bemerkenswert ist, dass sich die Gruppe der 25–29-Jährigen mit 40 Prozent am stärksten für eine Lockerung der Integration ausspricht – vielleicht ein Ergebnis der wachsenden Popularität rechter Gruppierungen wie der Partei Konföderation in den letzten Jahren, die gerade unter Jungwählern populär sind. In der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen am 18. Mai 2025 hatten bei den Wählern zwischen 18–29 Jahren 34,9 Prozent für den Kandidaten der Konföderation Sławomir Mentzen gestimmt (Platz 1) und 19,8 Prozent für Adrian Zandberg (Platz 2), den Kandidaten der linken Partei Gemeinsam (Razem). Im Gesamtergebnis erhielt Mentzen bei allen Wählern 14,8 Prozent (Platz 3) der Stimmen und Zandberg 4,9 Prozent

(Platz 6) der Stimmen. Die Wählerschaft ist in Polen sehr volatil – wie mittlerweile auch in anderen europäischen Demokratien – und die EU sollte sich nicht nur um die Verteidigungsfähigkeit, sondern auch stärker um die Resilienz der europäischen Demokratie und die Popularisierung der europäischen Integration kümmern.

Das Motto der nun gerade begonnenen dänischen EU-Ratspräsidentschaft »Ein starkes Europa in einer Welt im Wandel« möchte sich für ein sicheres, wettbe-

werbsfähiges und grünes Europa einsetzen. Es bleibt zu hoffen, dass die Sichtbarkeit dessen, was die EU für ihre Bürger tut, ebenso zunimmt wie die europäische Verteidigungsfähigkeit. Die polnische EU-Ratspräsidentschaft konnte sicherlich nicht alle Wünsche erfüllen, aber es hat sich doch gezeigt, dass Polen die EU-Ratspräsidentschaft sehr effizient durchgeführt hat. Was noch aussteht ist ein deutsch-polnischer Kompromiss in der Migrationsfrage, um den Druck bei diesem Thema zu verringern.

Über den Autor

Prof. Dr. *Stefan Garsztecki*, Politologe und Historiker, hat die Professur für Kultur- und Länderstudien an der Technischen Universität Chemnitz inne. Seine Forschungsschwerpunkte sind u. a. die polnische Innenpolitik, die deutsch-polnischen Beziehungen und Geschichtspolitik in Ostmitteleuropa.

DOKUMENTATION

Rückblick der EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen auf die polnische EU-Ratspräsidentschaft 2025

Erklärung von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen auf der gemeinsamen Pressekonferenz mit EU-Ratspräsident António Costa und dem polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk im Anschluss an die Tagung des Europäischen Rates vom 26. Juni 2025.

Brüssel, 27. Juni 2025

Gestatten Sie mir, lieber Donald Tusk, zu Beginn einige Worte zum polnischen Ratsvorsitz, der sich dem Ende zuneigt. Ihr Vorsitz stand vor großen Herausforderungen, aber Sie haben geliefert. Sie haben 37 wichtige Gesetzgebungsdossiers abgeschlossen und für weitere 18 Dossiers Verhandlungsmandate erreicht. Das sind beeindruckende Zahlen. Sie haben die Unterstützung für die Ukraine vorangebracht, mit Vereinbarungen über unser 16. und 17. Sanktionspaket und neuen Zöllen auf russische und belarussische Waren. Sie haben den vorübergehenden Schutz gefördert und zeigen unserem Kontinent, was mit polnischer Großzügigkeit und Solidarität erreicht werden kann. Sie haben dazu beigetragen, die SAFE-Verordnung zu beschleunigen und das Programm für die europäische Verteidigungsindustrie voranzubringen, um unsere gemeinsame Heimat zu stärken und sicherer zu machen. Dies war ein zielgerichteter, effizienter Vorsitz, der eine solide Grundlage für den dänischen Vorsitz ab Juli geschaffen hat. Deshalb danken wir Ihnen, Donald Tusk, für Ihre Führungsrolle und Ihr Engagement für Europa – heute und immer.

[...]

Quelle: Europäische Kommission. https://europa.eu/newsroom/ecpc-failover/pdf/statement-25-1649_de.pdf (abgerufen am 05.07.2025).

Online-Portal der polnischen EU-Ratspräsidentschaft: Die Erfolge der polnischen Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union

[...]

Trotz schwieriger Umstände hat die polnische EU-Ratspräsidentschaft **wesentliche Ziele in allen sieben Sicherheitsbereichen realisiert** – im Bereich des Auswärtigen, des Inneren, Information, Wirtschaft, Energie, Nahrung und Gesundheit:

Äußere Sicherheit

Im Rahmen des von der polnischen EU-Ratspräsidentschaft in Rekordtempo ausgehandelten **Instruments SAFE** [Sicherheitsmaßnahmen für Europa; Anm.d.Übers.] sind bis zu 150 Mrd. Euro für **gemeinsame Verteidigungsinvestitionen** zugänglich.

Die Institutionen der EU haben die umfangreiche Befestigung und Verteidigungsinfrastruktur an der Grenze zu Russland und Belarus – **den Schutzschild Ost sowie die Baltische Verteidigungslinie** – als **Schlüsselprojekte für die Sicherheit Europas** anerkannt, was deren Finanzierung durch die EU ermöglicht.

Dank des Engagements der EU-Ratspräsidentschaft hat die EU die **bisherigen Sanktionen gegen Russland verlängert** und neue Pakete mit noch empfindlicheren Sanktionen vereinbart.

Innere Sicherheit

Wir haben die EU überzeugt, den Umgang mit illegaler Migration zu verschärfen und die Außengrenze dicht zu machen.

Die EU hat die schrittweise **Aktivierung des Entry-Exit-Systems beschlossen** – der **gemeinsamen IT-gestützten Kontrolle von Ein- und Ausreisen in den Schengenraum**.

Informationssicherheit

Wir haben ein neues System zur **gemeinsamen Reaktion der EU auf Angriffe großen Ausmaßes im Cyberspace vereinbart: Cyber Blueprint**.

Wirtschaftliche Sicherheit

Wir haben bekräftigt, dass die Vergrößerung der **globalen Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen und Industrien** eine Priorität der EU ist.

Die EU hat ein ambitioniertes Programm zur Beschränkung der Bürokratie in Gang gesetzt – **fünf Omnibus-Pakete mit dem Ziel der Vereinfachung**. Das bedeutet u. a. weniger Meldungen und Berichtspflichten, einfacheres Investieren, Vereinfachungen für die Landwirtschaft und Verteidigung.

Energiesicherheit

Die EU realisiert den Plan, **vollständig von Energieimporten aus Russland unabhängig zu werden**, entsprechend der Roadmap REPowerEU.

Ernährungssicherheit

Wir haben Projekte vereinbart, die die **Position der Landwirte in der Nahrungsmittelkette stärken**, u. a. gegenüber unlauteren Handelspraktiken: UTP

Gesundheitssicherheit

Wir haben ein **pharmazeutisches Paket** ausgehandelt, dass die **Zugänglichkeit zu günstigeren Arzneimitteln für Patienten** vergrößert und die Entwicklung von Ersatzmedikamenten durch europäische Produzenten ermöglicht.

Wir haben Sicherheit in die wichtigsten Arbeitsfelder der EU eingeführt

Wir haben den Beginn des institutionellen Zyklus in der EU genutzt und eine klare Vision der Prioritäten der polnischen EU-Ratspräsidentschaft vorgestellt. Für diese haben wir Unterstützung gefunden. **Sicherheit, ohne die es keine Wettbewerbsfähigkeit gibt**, findet sich im Zentrum der EU-Agenda für die nächsten Jahre.

Die Europäische Kommission hat Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit in ihr Arbeitsprogramm für die kommenden fünf Jahre aufgenommen. Initiativen der Europäischen Kommission mit Signalwirkung im Bereich Verteidigung – **das Weißbuch zur europäischen Verteidigung und der Plan ReArm Europe – Bereitschaft 2030** – beschreiben das Programm der Wiederbewaffnung der EU, komplementär zum Funktionieren des Nordatlantikpaktes. Der Europäische Rat hat angekündigt, dass die Europäische Union bis 2030 vollständige Verteidigungsfähigkeit erlangt haben wird. In der Zeit der polnischen EU-Ratspräsidentschaft hat die EU auch die strategische Verteidigungspartnerschaft mit dem Vereinigten Königreich bestätigt.

Wirtschaftliche Prioritäten der EU-Ratspräsidentschaft: Vereinfachungen, Abschließen des Aufbaus eines einheitlichen Marktes, Senkung der Energiepreise und Unterstützung energieintensiver Industrien haben Eingang in die wichtigsten Initiativen der Europäischen Kommission gefunden: in den **Kompass für Wettbewerbsfähigkeit und den Deal für eine saubere Industrie** sowie in die Aktionspläne für die Stahl- und Autobranche.

Unsere Ratspräsidentschaft hat die **Richtung bei der Vereinfachung des EU-Rechtes bestimmt**, mit Akzent auf der Notwendigkeit einer schnellen, ambitionierten und pro-innovativen Herangehensweise. Wir haben die Unterstützung aller EU-Staaten für die Verbesserung der Situation von Unternehmen und mehr Sicherheit bei Regularien erhalten. Wir wollen wettbewerbsfähig sein und sind dazu in der Lage, deshalb haben wir in **außerordentlichem Tempo am Abbau von Barrieren** für die Industrie gearbeitet und haben der dänischen Ratspräsidentschaft als Priorität für weitere intensive Arbeiten übergeben, Vereinfachungen umzusetzen.

Nach den sechs Monaten unserer Ratspräsidentschaft wird eine klare strategische Richtung sichtbar. **Das Motto »Sicherheit, Europa!« wurde im gemeinsamen Handeln umgesetzt** und Polen hat seine Position in Europa als eines der führenden Länder, an dem sich andere Staaten orientieren, gestärkt.

Äußere Sicherheit: Die Finanzierung der Verteidigung

[...]

Schutzschild Ost

Die polnische Ratspräsidentschaft hat die Europäische Union überzeugt, dass die Sicherheit Europas von der Sicherheit an seiner östlichen Grenze abhängt. **Die EU erkennt den in Polen errichteten Schutzschild Ost als Flaggschiffprojekt für die Sicherheit der EU an.** Er erhält die Unterstützung der EU, so dass der Schutzschild Ost als Bestandteil der kritischen Befähigungen der EU in das Weißbuch zur europäischen Verteidigung aufgenommen wurde. Es handelt sich um die größte Operation zur Stärkung der NATO-Ostflanke seit 1945: Bunker, Sperren und moderne Drohnenabwehrsysteme, innovative Satellitenkommunikation und elektronische Erkennungssysteme.

Sanktionen gegen Russland

Dank des Einsatzes und der effektiven Verhandlungsführung der Ratspräsidentschaft wurde am dritten Jahrestag der russischen Aggression gegen die Ukraine das **16. Paket mit wirtschaftlichen und individuellen Sanktionen gegen Russland verabschiedet**. Es hat neue Export- und Importbeschränkungen, die u. a. den Energiesektor betreffen, eingeführt.

Drei Monate später hat die EU das 17. Sanktionspaket angenommen, dass die Zahl der Unternehmen und Akteure auf den europäischen Sanktionslisten deutlich erhöht, inbegriffen Unternehmen, die im Export russischen Öls engagiert sind, und Hafenverbote für weitere 189 Schiffe der russischen Schattenflotte. Die Zusammenarbeit der Ratspräsidentschaft mit den Institutionen der EU erlaubten es, die **bisherigen Sanktionen gegen Russland aufrechtzuerhalten und um weitere sechs Monate zu verlängern**, was die einstimmige Entscheidung der EU-Staaten erforderte, sowie individuelle Sanktionen zu verhängen.

Das während der polnischen Ratspräsidentschaft vorbereitete **18. Sanktionspaket** trifft den russischen Energie- und Finanzsektor. In Bezug auf Nord Stream 1 und 2 verbieten die neuen Sanktionen jegliche Transaktionen, die mit diesen Pipelines in Zusammenhang stehen.

Die polnische Ratspräsidentschaft vereinbarte auch, den **Zoll auf bestimmte aus Russland und Belarus importierte Düngemittel und landwirtschaftliche Produkte zu erhöhen**, was deren Einnahmen zur Finanzierung des Krieges gegen die Ukraine reduziert.

[...]

Innere Sicherheit: Schutz der Grenzen

Schutz der östlichen Grenze

Die polnische Ratspräsidentschaft hat die Haltung der Europäischen Union zu illegaler Migration als hybride Bedrohung verschärft. Der Europäische Rat hat die großen Anstrengungen Polens zur Wiedererlangung der Kontrolle an der Grenze zu Belarus und zur Gewährung der Sicherheit für die gesamte EU anerkannt. Er hat bestätigt, dass die EU entschlossen ist, die **wirksame Kontrolle der EU-Außengrenzen zu gewährleisten und hybriden Bedrohungen entgegen zu wirken, die aus der Instrumentalisierung von Migranten für politische Ziele, d. h. des Einsatzes von Migration als Waffe, erfolgen.**

[...]

Energiesicherheit

Von Russland unabhängig werden

Übereinstimmend mit der polnischen Ratspräsidentschaft, hat die Europäische Kommission einen Weg aufgezeigt, die Verbindungen zu Russland im Bereich Energie vollständig zu kappen. **Die Roadmap REPowerEU sieht die schritt-**

weise und geplante Beschränkung des Brennstoffimports aus Russland vor, bis zur vollständigen Abkehr von russischen Lieferungen im Jahr 2027. Bereits 2025 sollen die EU-Staaten keine neuen langfristigen Vereinbarungen und Spotverträge mehr eingehen und auch die bisherigen kurzfristigen Verträge sollen aufgehoben werden.

Die nächste Etappe ist die Pflicht, die bestehenden langfristigen Verträge aufzulösen.

Die Roadmap REPowerEU ist ein entscheidendes Dokument. Es steckt einen klaren Zeitrahmen für die Aufkündigung des Imports russischer Energieträger in den Energiemarkt der EU ab. Der realisierte Plan, dass die EU vollständig von Energie aus Russland unabhängig wird, gibt Europa Souveränität im Bereich Energie und schützt vor Manipulationen der Energiepreise in der EU vonseiten Russlands.

[...]

Hervorhebungen im Original.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: Offizielles online-Portal der polnischen EU-Ratspräsidentschaft:

Polska Prezydencja w Radzie EU [Die polnische Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union]: Osiągnięcia polskiej prezydencji w Radzie Unii Europejskiej 1 stycznia – 30 czerwca 2025r. [Erfolge der polnischen Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union 1. Januar – 30. Juni 2025]. <https://www.gov.pl/attachment/c9f62a24-6117-402a-ba03-5155b0e9467a> (abgerufen am 05.07.2025).

Online-Portal der polnischen EU-Ratspräsidentschaft: Erfolge im Bereich der äußeren Sicherheit

Pressemitteilung, 27. Juni 2025

Die polnische EU-Ratspräsidentschaft hat wesentliche Ziele in allen sieben Sicherheitsbereichen realisiert: im Bereich Äußeres, Inneres, Information, Wirtschaft, Energie, Nahrung und Gesundheit.

SAFE-Instrument

Die Annahme des Instruments SAFE zur Erhöhung der Sicherheit Europas ermöglicht es, den EU-Staaten finanzielle Hilfe in Form von durch den EU-Haushalt garantierten Darlehen mit langer Laufzeit mit einem Gesamtwert von **150 Mrd. Euro** bereitzustellen. Das erlaubt, dringende und große Investitionen der öffentlichen Hand durch gemeinsame Aufträge für die europäische Verteidigungsindustrie, bei vereinfachtem Prozedere und Befreiung von der Mehrwertsteuer, zu realisieren.

Die Prioritäten von SAFE sind u. a. Luft- und Raketenabwehrsysteme, Artilleriesysteme, Munition und Flugkörper, Drohnen und Drohnenabwehrsysteme, Schutz kritischer Infrastrukturen und Weltraumressourcen, KI und militärische Mobilität.

SAFE ist das erste so groß angelegte europäische Programm für Verteidigungsinvestitionen und **setzt die Priorität um, die Bindungen zwischen der EU und der NATO zu vertiefen.** Ein Erfolg der polnischen Ratspräsidentschaft ist es, dass die Kosten der Rüstungskomponenten mit Ursprung außerhalb der EU 35 Prozent der geschätzten Kosten der Komponenten des Endprodukts nicht übersteigen dürfen. Die Darlehen können auch auf bereits bestehende Verträge angewendet werden, u. a. zur Finanzierung von Elementen des Schutzschildes Ost. Es ist ein Verdienst der polnischen Ratspräsidentschaft, dass die EU ihre besondere Solidarität gegenüber den am stärksten von Russland bedrohten Staaten unterstrichen hat. Polen kann mit bis zu 100 Mrd. Euro einer der Hauptabnehmer der im Rahmen von SAFE bereitgestellten Mittel werden. Die im Instrument SAFE ausgehandelten Vorschriften **ermöglichten einen Kompromiss hinsichtlich des European Defence Industry Programme (EDIP)**, der den Ausbau der Fähigkeiten der europäischen Verteidigungsindustrie ermöglicht.

SAFE ist die erste Säule des von der Europäischen Kommission dank des Einsatzes der polnischen Ratspräsidentschaft verkündeten und von den Anführern der EU unterstützten **langfristigen Plans ReArm Europe**, der die Mobilisierung seitens der EU von bis zu 800 Mrd. Euro für Verteidigungsziele in den nächsten Jahren vorsieht. Im Verteidigungssektor werden neue Arbeitsplätze und Finanzierungsquellen für innovative Start-ups entstehen.

Übereinstimmend mit der Forderung der polnischen Ratspräsidentschaft hat die Europäische Kommission den Vorschlag zusätzlicher Flexibilität bei den fiskalischen Regularien der EU vorgestellt, der für die Mitgliedsstaaten Ausstiegsklauseln enthält, die höhere Verteidigungsausgaben ermöglichen. Sie wurden bereits von 16 Staaten in Gang gesetzt, darunter Polen.

Schutzschild Ost

Die polnische Ratspräsidentschaft hat die Europäische Union überzeugt, dass die Sicherheit Europas von der Sicherheit an seiner östlichen Grenze abhängt. **Die EU erkennt den in Polen errichteten Schutzschild Ost als Flaggschiffprojekt für die Sicherheit der EU an.** Er erhält die Unterstützung der EU, so dass der Schutzschild Ost als Bestandteil der kritischen Befähigungen der EU in das Weißbuch zur europäischen Verteidigung aufgenommen wurde. Es handelt sich um die größte Operation zur Stärkung der NATO-Ostflanke seit 1945: Bunker, Sperren und moderne Drohnenabwehrsysteme, innovative Satellitenkommunikation und elektronische Erkennungssysteme.

Sanktionen gegen Russland

Dank des Einsatzes und der effektiven Verhandlungsführung der Ratspräsidentschaft wurde am dritten Jahrestag der russischen Aggression gegen die Ukraine das 16. Paket mit wirtschaftlichen und individuellen Sanktionen gegen Russland verabschiedet. Es hat neue Export- und Importbeschränkungen, die u. a. den Energiesektor betreffen, eingeführt.

Drei Monate später hat die EU das 17. Sanktionspaket angenommen, dass die Zahl der Unternehmen und Akteure auf den europäischen Sanktionslisten deutlich erhöht, inbegriffen Unternehmen, die im Export russischen Öls engagiert sind, und Hafenverbote für weitere 189 Schiffe der russischen Schattenflotte. Die Zusammenarbeit der Ratspräsidentschaft mit den Institutionen der EU erlaubten es, die **bisherigen Sanktionen gegen Russland aufrechtzuerhalten und um weitere sechs Monate zu verlängern**, was die einstimmige Entscheidung der EU-Staaten erforderte, sowie individuelle Sanktionen zu verhängen.

Das während der polnischen Ratspräsidentschaft vorbereitete **18. Sanktionspaket** trifft den russischen Energie- und Finanzsektor. In Bezug auf Nord Stream 1 und 2 verbieten die neuen Sanktionen jegliche Transaktionen, die mit diesen Pipelines in Zusammenhang stehen.

Die polnische Ratspräsidentschaft vereinbarte auch, den **Zoll auf bestimmte aus Russland und Belarus importierte Düngemittel und landwirtschaftliche Produkte zu erhöhen**, was deren Einnahmen zur Finanzierung des Krieges gegen die Ukraine reduziert.

Die EU-Erweiterung

Die polnische Ratspräsidentschaft hat die Annahme des Instruments für EU-bezogene Reformen und Wirtschaftswachstum für die Republik Moldau unterzeichnet – eine finanzielle Unterstützung in Höhe von 1,9 Mrd. Euro. Dieses bisher größte Paket von Zuschüssen und niedrig verzinsten Darlehen unterstützt Moldau bei der Integration mit dem europäischen Markt, indem es Moldaus proeuropäischen Kurs und die Sicherheit der EU stärkt.

Im Rahmen des Beitrittsprozesses von Albanien haben wir die Verhandlungen im zweiten und dritten Cluster eröffnet, die den Binnenmarkt, Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum betreffen. Sicher ist auch der Abschluss eines der Verhandlungskapitel mit Montenegro.

Die polnische Ratspräsidentschaft hat die **vollständige Unterstützung der EU für die Ukraine** bekräftigt. Während der Ratspräsidentschaft überstieg die Summe der Unterstützung vonseiten der EU für die Ukraine seit Beginn der russischen Vollinvasion 150 Mrd. Euro.

Sicherheit im Ostseeraum

Während der Zeit der Ratspräsidentschaft haben wir die Notwendigkeit hervorgehoben, die Sicherheitskontrolle für die Energieinfrastruktur in der Ostsee angesichts hybrider Angriffe, inbegriffen die zunehmenden Gefahren vonseiten der russischen Schattenflotte, zu verstärken. Übereinstimmend mit unseren Erwartungen hat die Europäische Kommission den **Aktionsplan zum Schutz kritischer Infrastruktur, Stromkabel, Öl- und Gaspipelines** (EU Action Plan on Cable Security) veröffentlicht. Außer der in Zusammenarbeit mit der NATO festgelegten Militäroperation Baltic Sentry und verstärkter Luftverteidigung wird die Zusammenarbeit auf dem Binnenmeer der Europäischen Union durch die vereinbarte Unterstützung der Europäischen Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs (EMSA) gestärkt werden.

Hervorhebungen im Original.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: Offizielles online-Portal der polnischen EU-Ratspräsidentschaft:

Polska Prezydencja w Radzie Unii Europejskiej [Die polnische Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union]: Sukcesy w obszarze bezpieczeństwa zewnętrznego: finansowanie obronności [Erfolge im Bereich der äußeren Sicherheit: die Finanzierung der Verteidigung] <https://polish-presidency.consilium.europa.eu/pl/wiadomosci/sukcesy-w-obszarze-bezpieczenstwa-zewnetrznego-finansowanie-obronnosci/> (abgerufen am 01.07.2025).

CHRONIK

17. Juni – 7. Juli 2025

17.06.2025	Der Staatssekretär im Verteidigungsministerium Paweł Zalewski und Deividas Matulionis, Berater für Nationale Sicherheit des Präsidenten der Republik Litauen, thematisieren bei einem Treffen in Warschau Fragen der polnisch-litauischen Zusammenarbeit insbesondere beim Schutzschild Ost und der Baltischen Verteidigungslinie, die Litauen gegen Russland ausbaut. Das Treffen findet am Rande des Forums für die Sicherheit Mittel- und Osteuropas (Forum Bezpieczeństwa Europy Środkowej i Wschodniej) statt.
18.06.2025	Die Europäische Kommission reicht beim Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) zwei Klagen gegen Polen ein, weil es die Richtlinien für Trinkwasser bzw. saubere Luft nicht vollständig umgesetzt hat. Die Kommission beantragt, finanzielle Sanktionen zu verhängen.
20.06.2025	Der Pressesprecher des Obersten Gerichts (Sąd Najwyższy – SN), Aleksander Stępkowski, teilt mit, dass mit ca. 50.000 Einsprüchen gegen das Wahlergebnis der Präsidentschaftswahlen am 1. Juni gerechnet werde. Die Entscheidung der Kammer für außerordentliche Kontrolle und öffentliche Angelegenheiten (Izba Kontroli Nadzwyczajnej i Spraw Publicznych) des SN über die Gültigkeit der Präsidentschaftswahl stellt er für Anfang Juli in Aussicht.
21.06.2025	Das Außenministerium gibt bekannt, dass sich unter den 14 von der Regierung Belarus' freigelassenen politischen Gefangenen – darunter der prominente belarussische Oppositionspolitiker Sergej Tichanowski – drei polnische Staatsbürger befinden. Um die Freilassungen hatte sich die US-Administration bemüht, u. a. unterstützt von Präsident Andrzej Duda.
22.06.2025	Die Tageszeitung Dziennik Gazeta Prawna zitiert ein Interview der Financial Times mit Anna Wróblewska, Ministerin für Kultur und Nationales Erbe, vom Vortag, wonach ihr Ressort einen Evakuierungsplan für bedeutende Kulturgüter im Falle eines russischen Angriffs auf Polen vorbereitet. Es würden dazu Gespräche mit den Behörden anderer Staaten geführt. Der Plan basiere teilweise auf den Erfahrungen zu Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine, als Polen ukrainische Kulturgüter aufgenommen hat.
23.06.2025	Außenminister Radosław Sikorski nimmt in Brüssel an der Sitzung des Außenministerrats der Europäischen Union teil. Er unterstreicht die Dringlichkeit, ein weiteres Sanktionspaket gegen Russland in den Bereichen Energie und Finanzen zu schnüren, um Russlands Möglichkeiten zu schwächen, seinen Angriffskrieg gegen die Ukraine zu finanzieren. Weiter fordert er ein intensiveres Vorgehen gegen die sog. russische Schattenflotte. Sikorski ruft dazu auf, für russische Diplomaten Beschränkungen bei der Mobilität in den EU-Staaten einzuführen.
24.06.2025	Auf einer Pressekonferenz vor dem Abflug zum NATO-Gipfel in Den Haag unterstreicht Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz die Notwendigkeit, dass alle NATO-Partner ihre Ausgaben für ihre Verteidigungsfähigkeit auf fünf Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts erhöhen, da andernfalls die Sicherheit des Bündnisses in Gefahr sei. Polen erfülle das Fünf-Prozent-Ziel bereits. Weiter teilt er mit, dass Polen Leasingverträge für Raketen für das südkoreanische Kampfflugzeug FA-50 unterzeichnet hat und aktuell Verträge über den Kauf von Munition für FA-50 aushandelt.
25.06.2025	Der Astronaut Sławosz Uznański-Wiśniewski tritt seinen zweiwöchigen Forschungsaufenthalt »Ignis« auf der Internationalen Raumstation ISS an. Die Forschungsmission »Ignis« ist das erste Forschungsprojekt Polens auf der ISS.
26.06.2025	Die Erste Präses des Obersten Gerichts (Sąd Najwyższy – SN) Małgorzata Manowska sagt in einem Interview bei TVN 24, dass ca. 56.000 Proteste gegen das Wahlergebnis des zweiten Wahlgangs der Präsidentschaftswahlen (1. Juni) eingegangen sind. Sie würden zurzeit von der Kammer für außerordentliche Kontrolle und öffentliche Angelegenheiten (Izba Kontroli Nadzwyczajnej i Spraw Publicznych) des SN dahingehend geprüft, ob der betreffende Protest Einfluss auf das Wahlergebnis hat. Die Kammer wird vom Europäischen Gerichtshof und der Venedig-Kommission sowie der aktuellen polnischen Regierung unter der Führung der Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO) als nicht rechtmäßig angesehen.
27.06.2025	Das Innenministerium gibt bekannt, dass zur Bekämpfung illegaler Migration seit Jahresbeginn ca. 3.250 Aufenthaltskontrollen durchgeführt wurden. Dabei wurden knapp 1.250 Personen wegen Verstößen gegen das Aufenthaltsrecht festgenommen. In der Mehrheit der überprüften Fälle wurden Ausweisungen ausgesprochen.
30.06.2025	In Konstancin-Jeziorna nehmen Ministerpräsident Donald Tusk und Umweltministerin Paulina Hennig-Kloska an der Vertragunterzeichnung zwischen der Bank für Landwirtschaft (Bank Gospodarstwa Krajowego) und dem Übertragungsnetzbetreiber Polnische Stromnetze (Polskie Sieci Elektroenergetyczne) über Investitionen in Höhe von 10,8 Mrd. Złoty (ca. 2,5 Mrd. Euro) in den Ausbau und die Modernisierung des Stromnetzes zur Umsetzung der Energietransformation teil.

01.07.2025	Ministerpräsident Donald Tusk gibt bekannt, dass Polen ab dem 7. Juli 2025 für 30 Tage wieder Grenzkontrollen an der polnisch-deutschen Grenze einführen wird. Die Kontrollen seien eine Antwort auf die verschärften Praktiken Deutschlands, das seit rund einem Monat an der polnisch-deutschen Grenze Asyl suchende Migranten nicht nach Deutschland hineinlasse, erklärt Tusk. Polen sei Befürworter der offenen Grenzen im Schengenraum, das Verhalten Deutschlands erfordere jedoch eine adäquate Reaktion. Polen bemühe sich, dass der gewöhnliche Personen- und Warenverkehr möglichst nicht beeinträchtigt werde. Die von Deutschland 2023 eingeführten Grenzkontrollen sollten Migrationswege über Belarus und Polen weiter in die Europäische Union unterbinden. Damit setzte Deutschland die für den Schengenraum geltende Freizügigkeit aus, was Kontroversen hervorrief.
01.07.2025	Ministerpräsident Donald Tusk verurteilt das Vorgehen der Bewegung zur Verteidigung der Grenzen (Ruch Obrony Granic) an polnisch-deutschen Grenzübergängen als »Schande« und »skandalös«. Mit Blick auf den Initiator der Bewegung Robert Bąkiewicz sagt Tusk, ein Politiker, der Schlägertruppen und Aktivisten politisch ausnutzt, störe den Staat dabei, die Sicherheit aufrecht zu erhalten. Die Bewegung zur Verteidigung der Grenzen führt widerrechtlich Personen- und Fahrzeugkontrollen sowie Patrouillen an der Grenze durch, die sich gegen Migranten richten.
01.07.2025	Ministerpräsident Donald Tusk kündigt einstweilige Grenzkontrollen an der polnisch-litauischen Grenze ab dem 7. Juli 2025 an. Der Grund sei, dass sich die illegale Migration, die von Russland und Belarus gefördert wird, inzwischen einen Weg über Litauen nach Polen suche, da die polnisch-belarusische Grenze mit dem Schutzschild Ost immer weniger passierbar sei.
01.07.2025	Die Kammer für außerordentliche Kontrolle und öffentliche Angelegenheiten (Izba Kontroli Nadzwyczajnej i Spraw Publicznych) des Obersten Gerichts (Sąd Najwyższy – SN) bestätigt den Wahlsieg von Karol Nawrocki im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen am 1. Juni. Der von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) unterstützte Kandidat hatte die Wahl mit 1,78 Prozent Vorsprung vor Rafał Trzaskowski (Bürgerplattform/ Platforma Obywatelska – PO) gewonnen. Beim SN gingen Zehntausende Proteste gegen die Wahl ein. Rechtsexperten sowie internationale Gerichten stellen die Unabhängigkeit der Kammer für außerordentliche Kontrolle und öffentliche Angelegenheiten beim SN infrage.
03.07.2025	Innenminister Tomasz Siemoniak wird in Rom von seinem italienischen Amtskollegen Matteo Piantedosi empfangen. Themen des Treffens sind der Schutz der EU-Außengrenzen vor illegaler Migration sowie die bilaterale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung organisierter Kriminalität, insbesondere beim Drogenhandel.
03.07.2025	Präsident Andrzej Duda zeigt sich verwundert über die scharfe Reaktion von Ministerpräsident Donald Tusk, der vor zwei Tagen die Bewegung zur Verteidigung der Grenzen (Ruch Obrony Granic) kritisiert hat, weil diese nicht rechtlich legitimierte Personen- und Fahrzeugkontrollen sowie Patrouillen an der polnisch-deutschen Grenze durchführt, die sich gegen Migranten richten. Duda sagt, die Bewegung helfe dem polnischen Grenzschutz bei der Ausübung seiner Aufgaben.
04.07.2025	Medienberichten zufolge soll sich Sejmmarschall Szymon Hołownia (Polen 2050/Polska 2050) am Vorabend mit dem Europaabgeordneten von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) Adam Bielan und dem PiS-Parteivorsitzenden Jarosław Kaczyński in Bielans Privatwohnung in Warschau getroffen haben, um u. a. den Vorschlag der PiS, eine technokratische Regierung zu bilden, zu erörtern.
04.07.2025	Die Helsinki-Stiftung für Menschenrechte in Polen veröffentlicht eine Stellungnahme zur Situation in manchen Grenzorten an der polnisch-deutschen Grenze, wo die selbsternannte Bewegung zur Verteidigung der Grenzen (Ruch Obrony Granic) Fahrzeug- und Personenkontrollen sowie Patrouillen durchführe, die Voreingenommenheit gegenüber Migranten erkennen ließen. Die Helsinki-Stiftung verurteilt das Vorgehen scharf und warnt vor möglichen Hassverbrechen in dessen Folge. Sie fordert den Ministerpräsidenten und den Justizminister zu einer entschiedenen Reaktion gegen die Bewegung auf, die nicht rechtlich legitimiert sei und die öffentliche Ordnung und Freiheit von polnischen Bürgern und Migranten beschränke. Die Bewegung zur Verteidigung der Grenzen wurde von dem Rechtsaußen-Aktivisten Robert Bąkiewicz initiiert. Die Akteure der Bewegung teilen mit, sie würden die polnisch-deutsche Grenze vor illegalen Übertritten schützen. Der Hintergrund ist, dass Deutschland Grenzkontrollen durchführt und Personen ohne Einreiseberechtigung zurückweist. Polen hat daraufhin Anfang der Woche ebenfalls Grenzkontrollen gegen illegale Migration und Rückweisungen angekündigt. Dabei hat Ministerpräsident Donald Tusk die Aktivitäten der Bewegung zur Verteidigung der Grenzen als »Schande« und »skandalös« verurteilt.
07.07.2025	Sejmmarschall Szymon Hołownia (Polen 2050/Polska 2050) sagt in Reaktion auf die von den Koalitionspartnern geäußerte Kritik an seinem Treffen mit den führenden Politikern von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) Adam Bielan und Jarosław Kaczyński vergangene Woche, es sei bei dem Gespräch um den Vorschlag der PiS, eine technokratische Regierung zu bilden, gegangen. Daran habe Polen 2050 jedoch kein Interesse. Der Ort des Treffens, Bielans Privatwohnung in Warschau, sei ein Fehler gewesen, räumt Hołownia ein.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Dr. Silke Plate (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Dr. Agnieszka Łada-Konefał, Deutsches Polen-Institut, Darmstadt
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2025 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss 1, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Belarus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: sechs Mal pro Jahr

Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/belarus-analytical-digest/newsletter-service-belarus-analytical-digest.html>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Moldovan Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: vierteljährlich

Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/moldovan-analytical-digest/newsletter-service-moldovan-analytical-digest.html>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukrainian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/uad.html>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.

Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>